

Energiewende weiter umsetzen!

„Der energiepolitische Kurs unserer Bundesregierung stellt die Industrie und Energiewirtschaft in unserem IHK-Bezirk vor ganz erhebliche Herausforderungen“, machte der Präsident der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Dr. Bernhard Brons, beim Jahrespressegespräch in Emden deutlich.

VON HARTMUT NEUMANN

„Das dürfte seit der Ankündigung von Enercon im letzten November, in Aurich 1.500 Arbeitsplätze abbauen zu müssen, nun jedem klar geworden sein“, so Brons weiter. Wenn parallel zum Beschluss für den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland der Ausbau der Windenergie an Land im Jahr 2019 auf ein Rekordtief von rund 940 Megawatt einbreche, dann passe das einfach nicht zusammen.

Negativentwicklung

Wesentlicher Grund für die Negativentwicklung in der Windenergiebranche seien die Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz im Jahr 2017 gewesen, mit denen der Ausbau an Land gedeckelt worden sei. „Leider hat die Bundesregierung über Jahre alle unsere Warnungen in den Wind geschlagen und Forderungen nach sicheren Rahmenbedingungen für die Windenergiebranche Onshore und Offshore nicht erfüllt“, so Brons. Deshalb sei die Ankündigung von Enercon ein „Knall mit Ansage“ gewesen, der kaum jemanden überrascht haben dürfte.

Rahmenbedingungen

„Die rechtlichen Rahmenbedingungen haben die Windenergiebranche an Land – wie auch auf See – ausgebremst“, erläuterte Brons. „Aber es ist noch mehr als das. Wenn wir verfolgen, wie in der Bundesregierung über einen pauschalen Mindestabstand zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung von 1.000 Metern diskutiert wird, der den Ausbau der Windenergie noch weiter



Die Mindestabstandsregelung für Windkraftanlagen muss überarbeitet werden. Quelle: IHK

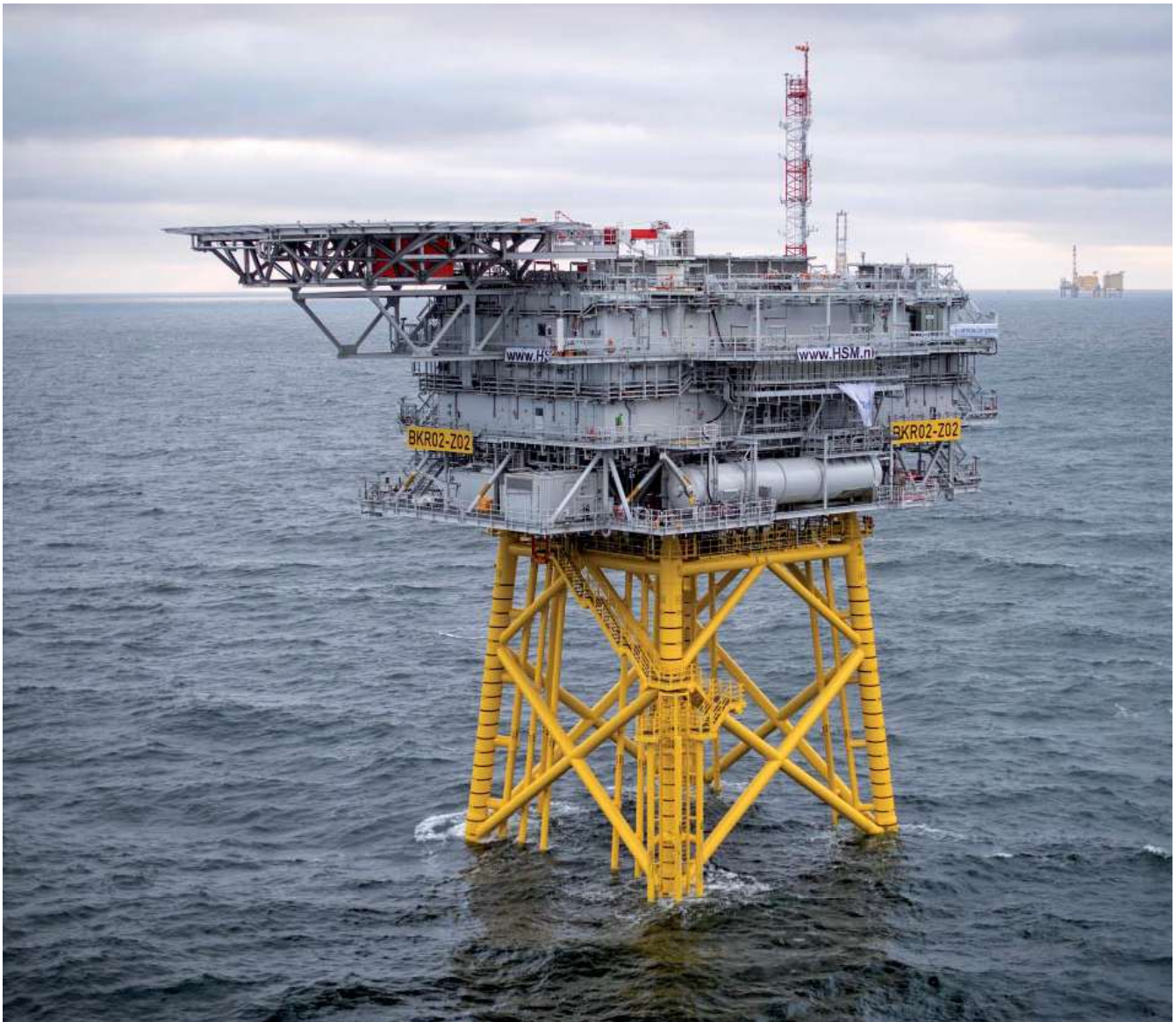
einschränken wird, dann zweifeln wir schlicht an dem Willen, die Energiewende weiter umzusetzen“, stellte Brons klar.

Politik ist gefordert

Gefragt sei jetzt seitens der Bundespolitik, wieder einen klaren Kurs „pro Energiewende“ einzuschlagen. „Wir werden weiter massiv darauf drängen, die Rahmenbedingungen für die Branche der Erneuerbaren wieder so zu gestalten, dass nicht noch mehr Wertschöpfung, Know-how und Fachkräfte verloren gehen“, so Brons. Doch der Arbeitsplatzverlust bei Enercon sei unumkehrbar und müsse nun erstmal in der Region

verkräftet werden. Und das sei nicht die einzige Herausforderung. Auch mit der Umstellung im Emder Volkswagen-Werk auf E-Mobilität sei in den nächsten Jahren mit einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen zu rechnen.

„Die Umstellung bei VW ist nicht allein ein Technologiewechsel“, führte Brons aus. „Es ist vielmehr ein wesentlicher Schritt im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Neuorientierung, die durch energie- und klimapolitische Entscheidungen unserer Bundesregierung angestoßen worden ist“, so Brons. Dabei gehe es für die Region Ostfriesland und Papenburg nun darum, alle Chancen, die sich daraus ergäben, zu nutzen. Mit



Offshore-Windparks bieten ein großes Energiepotenzial. Quelle: Orsted A/S

der Werksumstellung in Emden gäbe es ein einmaliges Angebot, in der Region eine nachhaltige Produktion mit nachhaltigen Dienstleistungen zu verorten, so Brons.

Wesentliche Voraussetzungen dafür, dass die Umstrukturierung gelinge, sei es, dass es mit der Windenergie weitergehe: „E-Mobilität als Ganzes kann nur dann glaubwürdig sein, wenn der Strom für die Produktion wie für die Batterien aus erneuerbaren Energien kommt“, machte Brons klar. „Und wir haben in unserer Region im Moment noch ein Pfund, mit dem wir wuchern können“, so Brons. Die Zahlen zum Ausbaustand der Windenergie im IHK-Bezirk ver-

deutlichten dies: „In Ostfriesland und Papenburg sind im Jahr 2018 rein rechnerisch 210 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien gedeckt worden, und zwar ganz wesentlich aus der Windenergie“, so Brons. „Doch wir brauchen hier eine Weiterentwicklung und keinen Rückschritt, wie wir ihn jetzt gerade erleben“, sagte der IHK-Präsident.

Hoffnung

Etwas Hoffnung bestünde noch. Denn Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier habe im Oktober 2019 einen Arbeitsplan vorgelegt, mit dem die Windenergieindustrie wieder gestärkt werden soll.

„Wir fordern die konsequente Umsetzung dieses Arbeitsplans, wobei eines klar sein muss: Der vorgeschlagene Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen einer einzigen Windenergieanlage und einer Ansammlung von nur fünf Häusern, wie er schon vorgeschlagen worden ist, würde den weiteren Ausbau der Windenergie an Land verhindern. Das muss jedem und jeder Abgeordneten im Bundestag klar sein, wenn er oder sie für ein solches Gesetz stimmt“, so Brons. „Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Windenergie aus Deutschland in Deutschland noch eine Chance hat“, schloss IHK-Präsident Brons seine Ausführungen. <